Die Ferienruhe geht zu Ende und landauf, landab begeben sich Menschen in diesen Tagen auf die Straße. Sie demonstrieren mitten im Sommer und läuten einen möglicherweise politisch sehr heißen Herbst ein. Demonstrationen haben auch in der vogtländischen Stadt Plauen eine gewachsene Tradition, die „zänkischen Vogtländer“ (und Thüringer) haben dies am Sonntag wieder bewiesen. Tausende Bürger liefen friedlich protestierend die wichtigste Straße Plauens, die Bahnhofstraße, entlang, um sich am Albertplatz zu einer Kundgebung einzufinden und mehreren Rednern zuzuhören. Von **Frank Blenz**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220831-Am-Ende-des-Geldes-ist-noch-immer-viel-Monat-da-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Entlastungspakete der Bundesregierung hin oder her, Beschwichtigungen der Politiker hin oder her, Aufforderungen, den Gürtel solidarisch enger zu schnallen, für die Freiheit zu frieren hin oder her, Aussagen wie „ich lasse das mal auf mich zukommen“ zum Trotz, am Wochenende wollten ziemlich viele Menschen im vogtländischen Plauen und in der Region nicht zu Hause bleiben. Die Teilnehmer-Zahlen am Sonntagnachmittag schwanken von 2.500 bis 4.000, erstere Zahl stammt von der Polizei, weitere Schätzungen kommen von den Organisatoren, die sich unter dem Titel „Forum für Demokratie und Freiheit“ vereint haben. Das Forum besteht aus Mitstreitern, die in sozialen Medien aktiv sind und jegliche Form von Extremismus ablehnen. Die Menschen im Demonstrationszug folgten der Einladung zu dieser ersten Kundgebung, welcher in zwei Wochen schon eine Fortsetzung folgen soll. Auf dem Albertplatz lauschte die Menschenmenge mehreren Redebeiträgen, die die kriegstreiberische Politik der Regierung ebenso kritisierten wie die Abgehobenheit der politischen Eliten. Eine Reform der Demokratie wie in der Schweiz, Frieden mit allen Ländern und dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen soll, wurde ebenfalls gefordert.

Rednerin Moreen Thümmler, eine Mutter aus Plauen, berührte die Zuhörer. „Wir haben nur ein Leben“, „Am Ende des Geldes ist noch viel Monat übrig“, „Kämpft friedlich, aber kämpft“, lauteten einige Zitate der Rednerin, die die führenden Politiker wegen des Bruchs ihres geschworenen Amtseides kritisierte. „So wahr mir Gott helfe. So frage ich mich: Hilft Ihnen Gott nicht oder ist es Ihnen scheißegal, was sie da geschworen haben?“ Thümmler stellte fest, dass die Leute an der Spitze des Landes abgehoben seien. Die wüssten nicht, wie die Menschen an der Basis denken, was sie brauchen, wie man es anfangen sollte, dass

die Zeiten besser werden. Die Bundesregierung, das Parlament, die Verfassung – die Institutionen kritisierten Thümmler und weitere Redner ebenso und forderten unter anderem gar Neuwahlen. Zumindest den Mund aufmachen, auf die Straße gehen, Mut aufbringen – das seien Möglichkeiten, Demokratie in unserem Land zu leben, so Moreen Thümmler.

Demonstranten, Organisatoren und Redner machten in Wort- und Schriftbeiträgen (in sozialen Medien) deutlich, dass Demokratie zudem auch hieße, dass die Medien endlich mehr und den Problemen zugewandter arbeiteten, anstatt sich zum Handlanger der Macht zu machen. Kritisiert wurde die einheimische Lokalpresse, diese habe die Demonstration in einer Ankündigung vorab in eine extremistische Ecke gestellt und im Anschluss ebenso tendenziell berichtet.

Eine Umfrage unter Menschen der Demo sammelte schließlich zusammen: Die Sorgenfalten der Bürger, auch der in Plauen, sind tief. Die Angst wächst. Es kommt Ohnmacht auf. Wie geht das alles weiter? Die Lebenshaltungskosten steigen, Benzin, Lebensmittel, Gastronomiebesuche, Kita-Beiträge, Heizöl, aktuell Unterrichtsmaterial (pünktlich zum Schulanfang). Wer nimmt das Geld ein? Die Aktivitäten der Regierung, einen Frieden im Osten zu ermöglichen, sind weit und breit nicht zu sehen. Ein mittelständischer Unternehmer hat die Schnauze voll, er will die gestiegenen Kosten nicht einfach weitergeben an die Kunden. „Das hat irgendwann ein Ende, dann sperren wir zu!“ Und, und, und.

Kürzungen im alltäglichen Leben, im gesellschaftlichen Miteinander beginnen zu greifen. Und wieder einmal werden „Maßnahmen“ auf den Weg gebracht, neben den vielen und neuen und weiteren in Sachen Hygiene und Gesundheit (seit fast drei Jahren) nun welche rund um das Thema Energie. So kommt mit einem neuen Gesetz zum Energiesparen ein krasser Hammer. Öffentliche Gebäude dürfen ab 1. September nur noch bis maximal 19 Grad beheizt werden. Rathäuser, Museen, Kinos, Theater, Klubs, Restaurants, Bars, Hotels, Supermärkte, Discounter, Kaufhäuser, Möbelgeschäfte, Friseure, Baumärkte, Drogerie-Märkte, Fitnessstudios, Büros, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude. Licht aus in den Straßen. An öffentlichen Gebäuden und Denkmälern soll ab 22 Uhr die Außenbeleuchtung abgeschaltet werden. So geht dann also das Licht aus in unserem Land?

Titelbild: (C) Frank Blenz